

Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker



Landesverband Baden-Württemberg

Informationen November 2016–Februar 2017

Liebe Mitglieder der VLK, liebe liberale Familie,

vielerorts werde ich von Bürgerinnen und Bürgern mit Fragen konfrontiert: „Schafft es die FDP wieder in den Bundestag? Wird es im Parlament wieder eine liberale Stimme geben?“.

Meine Antwort: „Die FDP wird, auch mit Unterstützung der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker wieder in den Deutschen Bundestag einziehen. Vieles spricht dafür: Die Ergebnisse bei den letzten Landtagswahlen, der Zusammenhalt und die Aufbruchsstimmung in der Partei, die vielen aktuellen Neueintritte, der Ruf nach einer liberal-politischen Handschrift“.

Die vorliegende VLK-Informationen vermitteln die Portraits zweier Bundestagskandidaten, die Mitglied der VLK und der FDP sind.

Fachlich spannen die VLK-Informationen diesmal den Bogen vom Projekt „Familienbewusste Kommune Plus“ über ein „Leerstandskataster“, das Thema „Innen- und Nachverdichtung alter Baugebiete“ bis zur Zwangslage vieler Kommunen, die Umstellung von „Kameralistik auf Doppik“ zu schaffen.

Ihr Rupert Metzler

(VLK-Landesvorsitzender)

Inhalt der heutigen Ausgabe

Seite 1

- Grußwort des VLK-Landesvorsitzenden
- „Familienbewusste Kommune Plus“

Seite 2

- Wahl 2017: Kandidaten aus der VLK
- Portrait Dr. Christian Jung
- Portrait Dr. Christoph Hoffmann
- Serviceleistungen der VLK-BW

Seite 3

- Leerstandskataster für Immobilien
- Wohnen: Nachverdichtung alter Baugebiete

Seite 4

- Kommunale Pflichtaufgabe „Doppik“
- VLK gratuliert Ulrich Heckmann
- VLK: Bundestagswahlprogramm
- Impressum und Kontakte

„Familienbewusste Kommune Plus“

Die „**Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg**“ setzt sich aus Experten unterschiedlichster sozialorientierter Fachrichtungen zusammen. Die Arbeitsgemeinschaft unterstützt Kommunen bei deren Bestreben, familienbewusste Maßnahmen vorzubereiten, zu bewerten und durchzuführen.

Kommunen, die in ihrem Familienbewusstsein und Handeln eine bestimmte Qualitätsstufe erreicht haben, werden vom Sozialministerium Baden-Württemberg mit einem Qualitätsprädikat geehrt.

Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft wird vom **Land Baden-Württemberg** sowie ergänzend von der **L-Bank** unterstützt.

Für **Prüf- und Bewertungsverfahren** mit Ergebnisanalyse werden durch die Arbeitsgemeinschaft folgende Kosten erhoben:

- Kommunen unter 20.000 EW. 1.950 €;
- Kommunen von 20.000-50.000 EW. 2.100 €
- Kommunen über 50.000 EW. 2.250 €

Dieser relativ geringen Summe stehen hohe Aufwendungen gegenüber, wenn konkrete Maßnahmen (mit baulichen Investitionen) folgen müssen. Viele Maßnahmen erfordern aber auch nur Ideenreichtum und Ehrenamt.



Folgende Kommunen haben bis Ende 2015 das **Beratungsangebot** der Arbeitsgemeinschaft angenommen, verbunden mit einer Aushändigung des Qualitätsprädikats „Familienbewusste Kommune Plus“: Wertheim, Untergruppenbach, Güglingen, Ludwigsburg, Schwäbisch Gmünd, Sontheim an der Brenz, Ehningen, Bodelshausen, Ravensburg, Engen, Rheinfelden, Riegel am Kaiserstuhl, Pforzheim, Ettlingen, Bruchsal und Stutensee.

Nähere Informationen: Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg oder VLK - Informationen.

„Wer die Konservativen wählt, hat mehr Freizeit, weil sie Überstunden seines Verstandes ganz selbstlos mit übernehmen“.

Elmar Kupke (Aphoristiker und Stadtphilosoph)

www.vlk-bw.de

Wahl 2017: Kandidaten aus der VLK

Für die Wahl zum Deutschen Bundestag (24. September 2017) stellen sich folgende VLK- und FDP-Mitglieder für ein Direktmandat:

- **Judith Skudelny**, Stuttgart I
- **Michael Link**, Heilbronn
- **Michael Theurer**, Karlsruhe-Stadt
- **Dr. Christian Jung**, Karlsruhe-Land
- **Dr. Christoph Hoffmann**, Lörrach-Müllheim
- **Marcel Aulila**, Rottweil-Tuttlingen
- **Benjamin Strasser**, Ravensburg

In dieser und der nächsten Ausgabe der VLK-Informationen werden einzelne Kandidatinnen und Kandidaten portraitiert.

Portrait Dr. Christian Jung

Dr. Christian Jung ist Vorstandsmitglied der VLK und FDP-Kandidat im Wahlkreis 272 (Karlsruhe-Land).

Lärmschutz in Mutschelbach; liberales Hoffest in Stutensee-Staffort; Polizeieinsatz am Bruchsaler Bahnhof; Diskussionen um Auswirkung des Bundesverkehrswegeplanes für den Landkreis Karlsruhe; Feldtage Walzbachtal-Wössingen; Gründungsmitglied Verein „Aktionsbündnis Zweite Rheinbrücke“ Wörth / Karlsruhe; Tempo bei der Neuordnung der Erbschaftssteuer. Was haben diese Themen gemeinsam?

Dr. Jung ist allgegenwärtig. Er greift kritische Themen auf, bringt sich ein, spricht mit Bürgerinnen und Bürgern, bezieht Positionen und bewegt etwas.

Er ist Jahrgang 1977, verheiratet, zwei Kinder und von Beruf Studiendirektor und Abteilungsleiter in einem allgemeinbildenden Gymnasium (Fächer: Gemeinschaftskunde, Wirtschaft, Deutsch, Geschichte und Ethik).

Mitglied der FDP ist **Dr. Christian Jung** seit 2011; in den geschäftsführenden Vorstand des FDP - Kreisverbandes Karlsruhe-Land wurde er 2014 gewählt. Seit 2016 ist er stellv. Kreisvorsitzender. Für die FDP ist er Mitglied im Regionalverband „Mittlerer Oberrhein“.

Die Schwerpunkte seines Wahlkampfes, aber auch seiner möglichen parlamentarischen Arbeit in Berlin sieht **Dr. Jung** in den Themen „Verkehr, Infrastruktur, Digitalisierung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft“. Sein Motto: „**Konjunktur braucht Infrastruktur**“.

Kontakt: FDP-Kreisverband Karlsruhe-Land; Rudolf-Diesel-Weg 1; 75045 Walzbachtal 0179-4667655 und cj@christian-jung.de sowie www.christian-jung.de

Portrait, erstellt von Dr. Büssemaker



Portrait Dr. Christoph Hoffmann

Dr. Christoph Hoffmann, 59 Jahre alt, verheiratet und Vater eines 13-jährigen Sohnes ist VLK-Mitglied und FDP-Kandidat für den Wahlkreis 282 (Lörrach-Müllheim).

Beruflich bringt er für diese Kandidatur, aber auch für die parlamentarische Arbeit in Berlin die notwendige Lebenserfahrung und Handwerkszeug mit. Mit 3-jährigem Aufenthalt in den USA zur Promotion, zwei Jahre Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit in Westafrika, mehr als 15 Jahre im Beruf als Förster in Baden-Württemberg und 10 Jahre als Bürgermeister in der Gemeinde Bad Bellingen; diese Tätigkeiten haben ihn für die anstehenden Zukunftsaufgaben fit und sensibel gemacht.

Für die FDP arbeitet er im Kreistag Lörrach mit; er wurde darüber hinaus in verschiedene Nebenämter gewählt. So arbeitet er u.a. im



Vorstand des Gemeindetages Baden-Württemberg und im Vorstand des Heilbäderverbandes Baden-Württemberg mit. Der überzeugte Europäer ist im Districtrat des „Trinationalen Eurodistrict Basel“ derzeit Vicepräsident.

Sein Motto: „**Wir sind Europa und die Bürger aller Länder wollen ein verständliches, respektvolles Europa, das sich auf seine Kernaufgaben besinnt**“.

In Berlin will er sich für die Kommunen einsetzen. Schwerpunktthemen: Bürokratieabbau und Management der Flüchtlingskrise, beides Themen der inneren Verwaltung. Aber auch effizienter, ökonomisch orientierter Natur- und Umweltschutz, CO² - Fragen sowie Forst- und Jagdwesen und Entwicklungszusammenarbeit als seine Spezialkenntnisse.

Kontakt: www.christoph-hoffmann.info sowie kontakt@christoph-hoffmann.info

Tel. 07624-916723 und Fax 07624-80562

FDP-Kreisgeschäftsstelle, Hauptstraße 46 in 79639 Grenzach-Wyhlen

Service-Leistungen der VLK-BW

Die VLK vertritt innerhalb der FDP Interessen der Gemeinden. Sie ist Bindeglied zwischen kommunalen Mandatsträgern der FDP im Kreis, Land und Bund und der FDP - Landtagsfraktion. Folgende Service-Leistungen werden geboten:

- Unterstützung von liberal gesinnten Personen bei Urwahlen.
- Aktuelle Informationen an örtliche Mandatsträger aus der Landes- und Bundespolitik.
- Seminare zu aktuellen Themen mit Bezug zur Kommunalpolitik.

Leerstandskataster für Immobilien

Leerstände gewerblicher Immobilien nehmen vielerorts sprunghaft zu, deren Vermarktung wird schwieriger; die Spanne zwischen Betriebsaufgabe und Neuvermietung wird länger.

Leerstandsmanagement ist das zentrale Schlagwort; ein von der **Wirtschaftsförderung** geführtes **Leerstandskataster** kann geeignet sein, die Immobilie transparenter zu machen und Leerstandzeiten zu verkürzen.



Das **Leerstandskataster** ist ein mehrseitiger Erhebungsbogen, der objektweise alle Gebäudedaten benutzerfreundlich bündelt und damit übersichtlich macht. Angaben gibt es zum Eigentümer, zur Lage des Objekts, zu Grundstücks- und Gebäudedaten, zum Planungs-, Bauordnungs- und Ordnungsrecht, zu laufenden Behördenauflagen bis hin zu Ansprechpartnern aus der Verwaltung.

Der Erhebungsbogen kann mit Zustimmung des Eigentümers (**Datenschutz**) bei der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, beim Einzelhandels-, Hotel- und Gaststättenverband sowie in Gründerzentren als Information verteilt werden, um das Interesse auf einem schwierigen Markt zu wecken.

Das von der VLK entwickelte Leerstandskataster kann auf der Homepage www.vlk-bw.de eingesehen werden.



Nachverdichtung alter Baugebiete

Viele Kommunen in Baden-Württemberg erfahren eine hohe **Wohnungs-Nachfrage** und sind nur bedingt oder nicht in der Lage, dieser Nachfrage gerecht zu werden. Gründe:

- Kommunen sind durch geschützte Landschaftsteile eingeengt, der Bedarf kann nicht mehr durch Neubauflächen gedeckt werden.
- Geringe, im Flächennutzungsplan dargestellte Reserven in Kommunen sind durch grundstücksbezogene Bindungen nur unter großen Umständen verfügbar (z.B. durch Altlasten).
- Die Regionalplanung bindet Entscheidungen der kommunalen Entwicklung an Maßnahmen der Innenverdichtung und Innenentwicklung.

„**Nachverdichtung innerörtlicher Baulandreserven**“ oder „**Aktivierung ungenutzter Verdichtungspotentiale**“: Das sind die gängigen Schlagworte, die die kommunale Entwicklung herausfordern oder problematisch sind.



Typische Situation in gering besiedelten Gebieten: Straßenrandbebauung, große Gärten, große Potentiale der Innenentwicklung und Nachverdichtung.

Herausfordernd, weil mit teilweise unbürokratischen Mitteln Wohnraum geschaffen werden kann. Problematisch, weil mehr Wohn-, Verkehrs- und Bebauungsdichte Nachbarwiderständen und Bürgerinitiativen hervorrufen.

Jede strategische Überlegung zur Innenentwicklung beginnt mit der Beurteilung der derzeitigen **Planungsgrundlage**:

- Beurteilung nach § 34 des BauGB (Einfügen nach Art und Maß der baulichen Nutzung).
- Beurteilung der Situation auf der Grundlage eines Bebauungsplanes.

Nachverdichtung oder Aktivierung ungenutzter **Verdichtungspotentiale** auf der Basis von Bebauungsplänen:

- Mehr Wohnraum in Bestandsgebieten durch Änderung eines Bebauungsplanes.
- Mehr Wohnraum in Bestandsgebieten durch Befreiungen nach § 31 des BauGB.
- Mehr Wohnraum in Bestandsgebieten durch Aufhebung von Bebauungsplänen.
- Mehr Wohnraum in Bestandsgebieten durch Erhöhung der im Bebauungsplan festgesetzten Zahl der Wohnungen pro Gebäude.

Nachverdichtung oder Aktivierung ungenutzter Verdichtungspotentiale nach § 34 BauGB:

- Zulässigkeit von Bebauungen in rückwärtigen Grundstücksbereichen durch großzügige Auslegung des Begriffs „Einfügen“.
- Verschiebung der rückwärtigen Bebauungsmöglichkeit durch Abrundungssatzungen nach dem BauGB.
- Abbau von Standards für Wohnungen im Dachbereich (Zentrallagen sowie weniger dicht besiedelte Gebiete).

Anmerkung: Die VLK-BW bietet zum Thema „Nachverdichtung alter Baugebiete“ ein für Mitglieder kostenfreies Tagesseminar an (nähere Auskünfte bei den VLK-Informationen).

Kommunale Pflichtaufgabe: Doppik

Im Jahr 2009 wurde den Kommunen in Baden-Württemberg ein neues Regelwerk für „Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“ auferlegt, genannt „**kommunale Doppik**“.

Für die Umstellung des kommunalen Haushaltssystems gab man den Kommunen zunächst ein **Zeitfenster** bis Ende 2015; dies wurde von der grün-roten Landesregierung auf 2019 verlängert.



Der Gesetzgeber verband mit dem neuen Haushaltsrecht, dass dies in der Anwendung „einfacher, kostengünstiger und transparenter würde und insbesondere den **Interessen kleinerer Gemeinden** Rechnung trägt“.

Nach neuesten Erhebungen (Mitte 2016) geht man davon aus, dass etwa **500 Kommunen** in Baden-Württemberg mit der Umstellung auf das Doppik System noch gar nicht begonnen haben oder sich noch in einem laufenden Vorbereitungsprozess befinden. Damit laufen viele Kommunen die Gefahr, den **Umstellungsprozess** nicht fristgemäß abschließen und für 2020 keinen gesetzeskonformen Haushalt vorlegen zu können.

Ein Grund des zeitlichen Verzugs vieler Kommunen ist darin zu suchen, dass diese die **Abschreibungen** nicht erwirtschaften können.

Die kommunale Praxis und die Erfahrungen der Kommunen, die den Umstellungsprozess bewältigt haben, zeigten auf, dass dies nicht unter drei Jahren zu schaffen ist. Zeitintensiv ist dabei weniger der Schulungsprozess von Verwaltung und politischer Gremien. Aufwendig ist die Erfassung, Katalogisierung und Bewertung kommunalen Eigentums nach den Doppik-Vorgaben.

VLK-Mitglieder und kommunale Mandatsträger werden hiermit seitens der Redaktion gebeten, kritisch in ihrer Kommune zu hinterfragen,

- ob der Prozess zur Umstellung des kommunalen Haushalts bereits eingeleitet wurde,
- wie der Zeitrahmen der Verwaltung aussieht
- und wann mit dem ersten Haushaltsplan nach neuem Recht gerechnet werden kann.

VLK gratuliert Ulrich Heckmann

Ulrich Heckmann, Diplom-Verwaltungswirt und Mitglied der FDP wurde am 19. Februar 2017 im ersten Wahlgang zum Bürgermeister der Gemeinde Güglingen, Landkreis Heilbronn (6.200 Einwohner) gewählt.

Die VLK gratuliert Ulrich Heckmann herzlich und wünscht ihm für seine neue Aufgabe Erfolg, Glück und ein gutes Gespür für bevorstehende Aufgaben.

VLK: Bundestagswahlprogramm

Der FDP-Bundesverband arbeitet derzeit mit Hochdruck am **Bundestagswahlprogramm**. Über den FDP-Landesverband wird die VLK-BW beantragen, dass folgende kommunale Belange in das Wahlprogramm einfließen:

- Der neue Deutsche Bundestag soll keine Gesetze oder Verordnungen erlassen, die das **Selbstverwaltungsrecht** der Kommunen aushöhlen, beeinträchtigen oder schwächen.
- Der neue Deutsche Bundestag soll keine Entscheidungen treffen, die **zusätzliche Belastungen** für die Kommunen darstellen.
- Bestehende Rechtsnormen, die durch die Kommunen auszuführen sind, dürfen nicht weiter verkompliziert werden. Die Kommunen wünschen eher eine **Vereinfachung** bestehender Rechtsnormen zur Vereinfachung kommunaler Tätigkeiten und Entscheidungen.
- Die Kommunen erwarten eine deutlich höhere Beteiligung des Bundes bei der Bewältigung der **Flüchtlingsproblematik**.
- Sollten Entscheidungen auf Bundesebene gefällt werden, wie z.B. eine Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung, müssen die Kommunen dauerhaft (nicht nur Baukostenzuschüsse) von weiteren Belastungen freigehalten werden. Das gilt auch für laufende Personal- und Unterhaltungskosten.



Ganztagesbetreuung: Große Herausforderung für Kommunen; erwartet wird eine gerechtere Kostenverteilung.

Impressum und Kontakte

Herausgeber: Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK); Landesverband Baden-Württemberg

Vorsitzender: Rupert Metzler (Bürgermeister)
metzler@hilzingen.de

Geschäftsstelle: Katinka Marx
Postfach 1518; 74321 Bietigheim-Bissingen
politik@k-marx.de

Redaktion „VLK-Informationen“
Dr. Michael Büssemer
07851-7959024 und dr.buessemaker@web.de
Dr. Christian Jung christianjung@gmx.de

Bankverbindung
IBAN DE25 6009 0100 0219 4310 00
BIC VOBADESS